

**Bedingungen  
der  
6 % Nachrangige Bank Austria Obligation 2001 – 2021/P12**

**ISI-Nummer AT0000539481  
der**

**BANK AUSTRIA AKTIENGESELLSCHAFT**

**§ 1 Gesamtnominale, Stückelung, Sammelverwahrung**

- (1) Die 6 % Nachrangige Bank Austria Obligation 2001 – 2021/P12 (nachstehend „Obligationen“ genannt) wird im Wege einer Privatplazierung in einem Gesamtnennbetrag von EURO 40.000.000,- begeben.
- (2) Der Gesamtnennbetrag ist unterteilt in Obligationen von je Nominale EURO 100.000,-- und mit den Nummern 1 bis 400 eingeteilt.
- (3) Die Obligationen werden zur Gänze durch eine Sammelurkunde gemäß § 24 lit.b Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften entweder von zwei Vorstandsmitgliedern oder einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen der Bank Austria Aktiengesellschaft (im folgenden "Bank Austria" genannt) tragen. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Obligationen besteht nicht.

**§ 2 Nachrangigkeit**

- (1) Die Forderungen aus diesen nachrangigen Obligationen sind gemäß § 23 Abs. (8) Bankwesengesetz so vereinbart, dass das eingezahlte Kapital im Liquidations- oder Konkursfall der Bank Austria erst nach den Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt wird (Nachrangigkeitsklausel).
- (2) Eine Änderung der Vereinbarung betreffend die Nachrangigkeit ist unzulässig.

**§ 3 Laufzeit**

Die Laufzeit beginnt am 30. November 2001 und endet mit Ablauf des 29. November 2021.

**§ 4 Verzinsung**

- (1) Der Zinssatz für die gesamte Laufzeit beträgt 6 % vom Nennwert.
- (2) Die Verzinsung der Obligationen beginnt am 30. November 2001 und endet am 29. November 2021.
- (3) Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf Basis kalendermäßig/kalendermäßig.
- (4) Die Zinsen werden jährlich im nachhinein, jeweils am 30. November eines jeden Jahres, erstmals am 30. November 2002, fällig und ausbezahlt. Fällt ein Kupontermin auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Kuponzahlung am darauf folgenden Geschäftstag.

## **§ 5 Tilgung**

Die Tilgung erfolgt seitens der Bank Austria spätestens am 30. November 2021 zum Tilgungskurs von 100,00% unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen. Fällt das Tilgungsdatum auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Tilgung am darauf folgenden Geschäftstag.

## **§ 6 Haftung**

- (1) Die Bank Austria haftet unter Ausschluss der für fundierte Teilschuldverschreibungen und für Mündelgelder jeweils als Deckungsstock bestehenden Aktiva für den Dienst dieser Obligationen mit ihrem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen.
- (2) Die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten, welche aus der formwechselnden Umwandlung der Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse in eine Privatstiftung entstanden ist, haftet unter Berücksichtigung von § 2 dieser Bedingungen gemäß § 92 Abs. (9) BWG in Verbindung mit § 27b Sparkassengesetz mit ihrem gesamten Vermögen für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Bank Austria im Falle von deren Zahlungsunfähigkeit. Nach § 2 Abs. (1) in Verbindung mit § 2 Abs. (2a) des Sparkassengesetzes haftet die Stadt Wien als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB im Wege über die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten für alle Verbindlichkeiten der Bank Austria, die bis zum 31.12.2001 entstanden sind.

## **§ 7 Ausschluss der Aufrechnungsmöglichkeit**

Die Aufrechnung des Anspruches auf Rückzahlung gegen Forderungen der Bank Austria ist ausgeschlossen. Dies gilt auch im Falle der Liquidation oder des Konkurses.

## **§ 8 Kündigung**

Die Obligationen sind sowohl seitens der Inhaber der Obligationen als auch seitens der Bank Austria unkündbar.

## **§ 9 Verjährung**

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Obligationen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

## **§ 10 Hinterlegung bei Gericht**

Die Bank Austria kann fällige, aber nicht behobene Beträge auf Gefahr und Kosten der Inhaber der Obligationen mit schuldbefreiender Wirkung bei dem für die Bank Austria zuständigen Gericht hinterlegen, auch wenn sich die Inhaber der Obligationen nicht in Annahmeverzug befinden. Bei der Hinterlegung verlieren die Berechtigten jeden Anspruch aus den Obligationen gegen die Bank Austria.

## **§ 11 Bekanntmachungen**

Alle Bekanntmachungen über die Obligationen werden im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" veröffentlicht. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr Organ für amtliche Bekanntmachungen sein, so tritt an die Stelle der Wiener Zeitung das dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Sollte darüber hinaus zukünftig die Möglichkeit bestehen, amtliche Bekanntmachungen auch in anderen Medien vornehmen zu können, so kann von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung nach den obigen Bestimmungen.

## **§ 12 Zahlungen**

Die Zahlungen erfolgen in EURO.

## **§ 13 Zahlstellen**

Zahlstelle ist die Bank Austria und deren Filialen. Die Gutschrift der Zinsen- und Tilgungszahlungen erfolgt durch die für den Inhaber der Obligationen jeweils depotführende Stelle.

## **§ 14 Gerichtsstand**

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Obligationen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

## **§ 15 Rückkauf**

Die Bank Austria ist berechtigt, Teilobligationen während der gesamten Laufzeit im Markt oder auf sonstige Weise auch zu Tilgungszwecken zurückzukaufen.

## **§ 16 Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Bedingungen bedeutet:

"Geschäftstag" ist jeder Tag, an dem das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) System geöffnet ist.

## **§ 17 Börseneinführung**

Der Handel der Obligationen im Dritten Markt an der Wiener Börse wird beantragt.

## **§ 18 Sonstiges**

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Wien, im November 2001